

**Gemeindeversammlung hat sich bewährt**

Ein Leserbrief zum Artikel «Mehr Demokratie dank Generalrat?», FN vom 27. April

Der Gemeinderat von Schmitten habe die Finanzen nicht im Griff, wird von den Befürworterinnen und Befürwortern des Generalrats argumentiert. Geschäfte, welche der Gemeindeversammlung vorgelegt werden, würden von einem Generalrat kritischer hinterfragt, wird behauptet. Junge Leute bleiben der Gemeindeversammlung fern, weil sie sich nicht vertreten fühlen. Die Finanzkommission ist eine gesetzlich gegebene Kommission, wo alle im Gemeinderat vertretenen Parteien präsent sind. Als Mitglied habe ich zusammen mit meinen Kolleginnen und Kollegen die Möglichkeit, Geschäfte, welcher der Gemeindeversammlung vorgelegt werden, kritisch zu hinterfragen. Die Gemeinderatsmitglieder können diese Fragen immer kompetent und sachlich beantworten. Projekte und Geschäfte werden im Gemeinderat und in den gesetzlich gegebenen Kommissionen sachlich geprüft und ausdiskutiert. Aus diesem Grund werden sie, mit klaren Mehrheiten, an den Gemeindeversamm-

lungen angenommen. Das zeugt auch von einem grossen Vertrauen der Bevölkerung gegenüber dem Gemeinderat und der Verwaltung. Das Einführen eines Generalrats gibt keine Garantie für gesunde Finanzen. Schweizweit gibt es genügend Beispiele, wie etwa im benachbarten Kanton Bern, wo grosse Gemeinden, trotz Gemeindeparlament, tief in den roten Zahlen sind. Die Gemeinde Schmitten hat seit vielen Jahren gesunde Finanzen, dank seriöser Arbeit der verantwortlichen Instanzen und guter Budgetdisziplin. Für die Gemeindeversammlung bekommen alle stimmberechtigten Bürgerinnen und Bürger eine Einladung. Auch «junge Leute» haben somit die Möglichkeit, an Gemeindeversammlungen teilzunehmen. Leider sieht man diese «jungen Leuten», welche sich so vehement für den Generalrat einsetzen, kaum an einer Gemeindeversammlung.

Alle stimmberechtigten Bürgerinnen und Bürger haben die Möglichkeit, die Instrumente unserer Demokratie zu nutzen. Darum am 9. Juni ein kräftiges Nein zum Generalrat.  
**Rita Siffert, Schmitten**

**Für eine starke zweisprachige Universität**

Ein Leserbrief zur Zweisprachigkeit der Universität Freiburg

Die Uni Freiburg wurde jüngst von der Communauté romande du Pays de Fribourg CRPF für ihre Bemühungen kritisiert, wieder mehr deutschsprachige Studierende anzuwerben. Die künstliche Kontroverse findet vor dem Hintergrund statt, dass Freiburg in den letzten 20 Jahren stark an Attraktivität eingebüsst hat und bei den Immatrikulationen im Vergleich mit allen anderen Universitäten markant zurückgefallen ist.

Diese besorgniserregende Entwicklung zeigt sich auch bei den Fachhochschulen und weist auf strukturelle Defizite hin. Die Herausforderungen betreffen die strategische Positionierung, die Investitionen in attraktive Bildungsangebote und die Verwendung der verfügbaren Mittel. Die Kritik der CRPF trifft in doppelter Hinsicht daneben: Erstens bewegt sich das Rektorat in einem institutionellen Rahmen, der aus dem vergangenen Jahrhundert stammt. So stattete der Kanton im Jahr 2000 die Uni zwar mit grosser Autonomie aus, die

Kompetenzen der Leitungsorgane wurden aber kaum erweitert. Zweitens ist der Handlungsbedarf auf deutschsprachiger Seite besonders gross. Unser Hochschulstandort kann langfristig innerhalb der kantonalen und schweizerischen Bildungslandschaft nur als zweisprachiger Pol bestehen. Es ist darum in höchstem Mass zu begrüssen, dass sich die Fakultäten und Abteilungen anstrengen, verlorenes Terrain gutmachen. Die Führungsorgane der freiburgischen Hochschulen sind in ihrem Spielraum nicht einzuschränken, sondern ihre Kompetenzen müssen im Gegenteil ausgebaut werden. Die Fakultätsleitungen sind zu professionalisieren und die Aufsichtsfunktion der Rektorate zu stärken. Die Dekane brauchen mehr Befugnisse und funktionale Unabhängigkeit innerhalb der Fakultäten. Statt fadenscheiniger Kritik auf dem Buckel der Deutschfreiburger verdienen unsere Hochschulen mehr Unterstützung. Nur mit einer resoluten Reform der Führungsstrukturen und -prozesse wird Freiburg die hochschulpolitische Wende gelingen.  
**Bernhard Altermatt, Freiburg**

**Übergriffe gegen nonbinäre Menschen**

Ein Leserinnenbrief zum Artikel «Angriffe auf nonbinäre Menschen steigen stark an», FN vom 17. Mai

Es gibt Menschen, die von Geburt an sowohl weibliche als auch männliche Geschlechtsmerkmale haben. Man nennt sie intersexuell. 1,7 Prozent der Bevölkerung weisen in irgendeiner Form intersexuelle Variationen auf. Wer weiss das schon. Was machen und machen Ärzte mit diesen Menschen? Traditionell wurden und werden die meisten intersexuellen Kinder frühzeitig operiert, um sie und ihre Genitalien einem eindeutigen weiblichen/männlichen Erscheinungsbild an-

zupassen. Besonders in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts war dies die übliche Praxis. Diese Minderheit von fast zwei Prozent und wurde einfach wegoperiert und im Anschluss verschwiegen. Wenn man Homosexualität oder LGBTIQ-Personen oder was auch immer als widernatürlich betitelt, wie widernatürlich ist obige Tatsache, dass einfach wegoperiert wird, was nicht sein darf? Die Gesellschaft, eine graue normalverteilte Mehrheit, bestimmt mit ihrem Druck, dass wir uns in Frau und Mann zu teilen haben, weiss oder schwarz. Wir hingegen sind viel mehr, wir sind bunt, denn Gott hat uns so geschaffen.  
**Carmen Vögeli, Schmitten**

**Ausserdem...**

Freiburg, 24. April 2024

von Charles Ellena

**Moment mal****Der Mensch, die Natur und... Gott?**

In diesen Tagen, genau genommen am 8. Juni, wird des Heiligen Medardus gedacht. Es handelt sich um einen aus Nordfrankreich stammenden Heiligen. Da er im Jahr 545 verstarb, ist über ihn nicht sehr viel bekannt. Jedoch scheint er ein sehr mildtätiger Mensch gewesen zu sein – der Grund, aus dem er sehr verehrt wurde. Interessanterweise wird er in einigen Ländern mit einer Bauernregel in Verbindung gebracht, die an die Regel des «Siebenschläfers» erinnert: «An Sankt Medardus wird ausgemacht, ob vierzig Tag die Sonne lacht.»

Ob es an diesem Tag regnet oder die Sonne scheint, bestimmt demnach das Wetter der kommenden Wochen. Es scheint so, als sei der Mensch der Natur und ihren Launen ausgesetzt. Ängstlich hofft er auf gutes Wetter, um im Winter nicht zu hungern.

Manchmal kann man anscheinend einfach nur beten und auf göttliche Fügung hoffen. Und wie oft ist die Natur dem Menschen nicht wohlgesonnen?! So begann zum Beispiel ebenfalls am 8. Juni, einem Pfingstsonntag, der Ausbruch des Laki-Vulkans auf Island. Die Kraterspalten spuckten von Juni 1783 bis Februar 1784 Lava. Sie schleuderten riesige, giftige Gas- und Aschewolken in die Luft. Die Folgen waren ein Abfall der Temperatur auf der ganzen nördlichen Erdhalbkugel mit zu heissen Sommern und eisigen Wintern, Missernten sowie Massensterben unter Menschen und Tieren. Allein in England lag die Sterblichkeitsrate um 40 Prozent höher als in den Jahren zuvor.

Angesichts solcher Katastrophen und der Unbeständigkeit, welche die Natur mit sich bringt, scheint der Mensch klein und machtlos

zu sein. Doch uns wurde die Fähigkeit gegeben, durch Beobachtung und Vernunft auf Umwelteinflüsse zu reagieren und diese in eine gewisse Richtung zu lenken. Bestes Beispiel hierfür ist der Klimawandel. Die Natur und unser Umgang mit ihr sind für uns überlebenswichtig: Sie schenkt uns unsere Nahrung und gibt neues Leben – noch. Durch die Errungenschaften in Technik und Kommunikation ist es uns auch möglich, unsere Ressourcen umzulenken und effektiv zu verteilen.

Dort, wo es möglich ist, den Lauf der Dinge zu beeinflussen, steht es doch in unserer Verantwortung, zu helfen und zu lenken, wo es geht – gerade wenn Katastrophen jeder Art das Leben in anderen Ländern unmöglich zu machen scheinen. Genau das ist das Prinzip von Nächstenliebe und Solidarität. Wenn Mächte über-

mächtig werden, hilft vielen beten und hoffen. Zugleich können wir mit unserem Handeln den Lauf der Natur verändern, aus Altem Neues schaffen und mit der uns geschenkten Vernunft in Gottes Sinn handeln.



Miriam Stawski

Miriam Stawski ist Assistentin für Kirchengeschichte an der Theologischen Fakultät der Universität Freiburg.

**Im Notfall nach Freiburg**

Ein Leserbrief zur Initiative «Für eine bürgernahe 24-Stunden-Notfallversorgung in Spitälern»

Viele Bürgerinnen und Bürger sind verunsichert: Sollen sie für die Notfallinitiative H24 stimmen? Das wäre keine gute Idee. Die Initiative verlangt unter anderem einen 24-Stunden-Notfall in Tafers und Riaz.

Die Investitionen und Betriebskosten für diese Notfälle wären enorm, das ist erstens finanziell nicht vernünftig, aber auch angesichts des fehlenden Fachpersonals ziemlich unklug. Bei Annahme der Initiative

müsste hoch qualifiziertes Fachpersonal in Tafers auf Notfälle warten, während andernorts die helfenden Hände fehlen. Die beiden Spitalstandorte liegen zwölf Kilometer oder 20 Autominuten auseinander. Das ist für ein Spital, das finanziell am Limit rechnen muss, einfach nicht machbar.

Die Initiative H24 ist aus der Zeit gefallen, denn die Notfallmedizin hat sich gewandelt. Entscheidend ist bei einem lebensbedrohlichen Notfall nämlich die Qualität der gesamten Rettungskette. Sie beginnt mit dem ersten Kontakt, zum Beispiel dem Nachbarn, der eine Ausbildung in Herzmassage ge-

macht hat oder einen Defibrillator bedienen kann. Das geht weiter mit den Notärztinnen. In der Ambulanz werden weitere wertvolle lebensrettende Massnahmen ergriffen. Welche Notfallstation die Ambulanz schlussendlich ansteuert, ist zweitrangig. Deshalb macht es tatsächlich Sinn, das spärlich vorhandene Fachpersonal an einem Standort zu konzentrieren.

Der Gegenvorschlag zur Initiative investiert die Mittel konsequent in den Ausbau und in die Qualität der Rettungskette. Er sorgt aber auch für Gleichbehandlung: Wer weiter weg wohnt und eine Ambulanz benö-

tigt, dem werden ab einem gewissen Betrag die Kosten vom Kanton erstattet. Und zuletzt: Der Gegenvorschlag sieht vor, das deutschsprachige Angebot in den Standorten Tafers und Murten/Meyriez langfristig sicherzustellen.

Wir sollten das Kantonsspital dabei unterstützen, die Gelder dort einzusetzen, wo es Sinn macht. Das HFR soll ein attraktiver Arbeitgeber in der Region bleiben. Deshalb stimme ich Nein zur Notfallinitiative, Ja zum Gegenvorschlag und Ja zum Dekret.

Roland Kehl, Düringen